



**Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung
Department of Urban and Regional Development**



Johannes Jäger

**Soziale Auswirkungen, Ursachen und Funktionsweise des
neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Modells in
Lateinamerika**

SRE-Discussion 2000/02

2000

SRE

Soziale Auswirkungen, Ursachen und Funktionsweise des neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Modells in Lateinamerika¹

1. Einleitung

In Lateinamerika hat sich in den letzten Jahrzehnten ein tiefgreifender sozialer und gesellschaftlicher Wandel vollzogen. Die Analyse der Ursachen und Auswirkungen dieser Veränderungen, die eng mit dem Umbruch des Wirtschaftsmodells verwoben sind, steht im Zentrum dieses Übersichtsartikels. Dabei wird versucht, die strukturellen Veränderungen über den Kontinent hinweg zu erfassen. Es ist jedoch zu beachten, daß die Entwicklungen in den einzelnen Ländern nicht zeitgleich abliefen, weshalb auch die Betrachtung der Entwicklung von Sozialindikatoren im gesamten lateinamerikanischen Durchschnitt nur ein sehr undifferenziertes Bild bietet. Vielmehr wird hier versucht, die Charakteristika des neoliberalen Gesellschaftsmodells analytisch herauszuarbeiten, um seine Konsequenzen quasi als Idealtypus zu verstehen. Dabei darf jedoch nicht darauf vergessen werden, daß die konkreten Ausformungen neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik sowohl räumlich unterschiedlich sind, als auch einem zeitlichen Wandel unterliegen.

Das neue Gesellschaftsmodell und seine strukturellen sozialen Wirkungen können nur vor dem Hintergrund der historischen polit-ökonomischen Veränderungen adäquat erfaßt werden. Im Zuge dieses Artikels wird daher auch die Frage nach den zentralen Ursachen, die zur Durchsetzung des neoliberalen Wirtschaftsmodells führten, angesprochen. Zunächst erfolgt jedoch ein Überblick über die quantitativen und qualitativen sozialen Veränderungen an der Oberfläche, welche sich auf dem Kontinent in den letzten Jahren und Jahrzehnten ereignet haben. Weiters wird versucht, analytisch festzumachen, welche dieser Veränderungen auf das neoliberale Entwicklungsmodell zurückzuführen sind und welche Veränderungen sich

¹ Dieser Artikel entstand im Rahmen des vom FWF unter der Projektnummer P12378-OEK geförderten Forschungsprojektes "Zum Zusammenhang der Veränderung des ökonomischen Raumes und der Form und Territorialität politischer Regulierung".

aus der konjunkturell krisenhaften ökonomischen Entwicklung bzw. aus dem Umbruch des Wirtschaftsmodells ergeben haben. Am neoliberalen Musterbeispiel Chile werden typische Charakteristika dieses neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells und seine sozialen Konsequenzen untersucht. Chile ist deshalb besonders interessant, weil in diesem Land als erstem in Lateinamerika ein neoliberales Gesellschaftsmodell implementiert und auch am radikalsten durchgesetzt wurde.

Bei der Untersuchung der Ursachen für den neoliberalen Umbruch in Lateinamerika wird sowohl gefragt, welche Ursachen in materiellen Veränderungen der Wirtschaftsstruktur liegen und welche Rolle der Verschiebung diskursiver Felder und ideologischer Vorherrschaften zukommt. Abschließend erfolgt eine Bilanz des neoliberalen Entwicklungsmodells und es wird kurz der Frage nach seiner Stabilität nachgegangen und die Perspektive möglicher Alternativen angesprochen.

2. Soziale Veränderungen an der Oberfläche

Als wichtiger Sozialindikator kann das Volkseinkommen (BIP) herangezogen werden. Dieses hat sich pro Kopf während der 80er Jahre in Lateinamerika und der Karibik (ALC) dramatisch verringert, wobei sich in den 90er Jahren bis zum Ausbruch der Asienkrise 1997 insgesamt wieder ein schwaches Wachstum von 1,8% abzeichnet (CEPAL 1997, 1999b). 1990 standen durchschnittlich mehr als 10% weniger Güter pro Kopf zur Verfügung als zu Beginn der Dekade. Im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren war der Rückgang des pro Kopf-Einkommens in Lateinamerika zwar weniger markant, die Krise dauerte jedoch wesentlich länger an (Sutter 1999: 150). Auch 1997 lag das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen, welches in den Jahrzehnten vor 1980 stets deutlich gewachsen war (1970 bis 1980 war das jährliche pro-Kopf-Wachstum noch bei 3,3%) (Albala-Bertrand 1993: 37), nur in einigen Ländern knapp über dem Wert von 1981.

Trotz des vergleichsweise höheren Wirtschaftswachstums in den 90er Jahren stieg die Arbeitslosigkeit im ALC-Durchschnitt dennoch zwischen 1991 und 1997 von 5,8% auf 7,5% (CEPAL 1997). Es hat sich jedoch in den 80er Jahren nicht nur insgesamt die durchschnittlich pro Kopf zur Verfügung stehende Menge der Güter reduziert, sondern auch die Verteilung des Volkseinkommens hat sich in den 80er und 90er Jahren dramatisch verändert. Der Anteil der unteren Einkommenschichten hat sich

erheblich verringert, während sich der Anteil der oberen Einkommenschichten am BIP sprunghaft erhöht hat (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Veränderungen in der Einkommensverteilung der Haushalte, in Prozent, ausgewählte Länder

	Gini-Koeffizient* (urban)	Einkommensanteil der ärmsten 25 %	Einkommensanteil der reichsten 10%
Argentinien 1980	0,375	9,3	29,8
1997	0,438	7,5	35,8
Brasilien 1979	0,493	5,6	39,1
1996	0,538	4,9	39,6
Mexiko 1984	0,321	10,5	25,8
1996	0,392	9,4	33,7

* Anmerkung: der Gini-Koeffizient mißt die Verteilung des Einkommens (0: absolute Gleichverteilung, 1: absolute Ungleichverteilung)

Quelle: CEPAL 1999a: Tab. 2

Das geringe Wirtschaftswachstum und die ungleichere Verteilung führten zu einem markanten Anstieg der Armut in Lateinamerika (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung in Prozent

	Arme	Absolut Arme
1980	35	15
1990	41	18
1995	39	17

Quelle: CEPAL 1997

In der ersten Hälfte der 90er Jahre kam es zwar zu einer leichten Reduktion des Anteils der Armen, was mit der einsetzenden wirtschaftlichen Erholung zusammenhängt, die Gesamtzahl der Armen in LA und der Karibik stieg jedoch zwischen 1990 und 1994 von 197 Mio. auf 209 Mio. Personen (CEPAL 1999a).

Diese Statistiken reflektieren jedoch noch nicht die sozialen Verschlechterungen, die durch den massiven Abbau sozialstaatlicher Leistungen verursacht wurden. So

scheint darin nicht auf, daß weite Bevölkerungskreise für vormals staatlich unentgeltlich zur Verfügung gestellte Leistungen (Bildung, Gesundheitsversorgung) jetzt bezahlen müssen. Einige Sozialindikatoren, wie Lebenserwartung, Human Development Index, Kindersterblichkeit etc. zeigen trotz dieser negativen Entwicklungen häufig eine leicht positive Tendenz, die während der 80er und 90er Jahre zwar abgeschwächt, aber dennoch im großen und ganzen, fortgesetzt wurde (Albala-Bertrand 1993: 35, UNDP 1999).

Darüber hinaus erfolgte eine Reihe weiterer qualitativer sozialer Veränderungen, insbesondere am Arbeitsmarkt, wie die erhöhte Flexibilität und Unsicherheit, Mehrfachanstellungen, hohe Arbeitslosigkeit, ein starker Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse und des informellen Sektors und vielfach eine erhöhte Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden. Mit der Explosion der Informalisierung kam es zur Marginalisierung weiter Bevölkerungsschichten, welche sich vielfach auch in einer Zuspitzung der sozio-räumlichen Polarisierung niederschlug. Die fortschreitende soziale Desintegration im neoliberalen Entwicklungsmodell zeigte sich u.a. auch in einem markanten Anstieg der Kriminalität (CEPAL 1997). Die harte ökonomische Krise, das Verbot bzw. die Zerschlagung von Gewerkschaften, die Veränderungen in der Produktionsstruktur sowie die auch durch neoliberales Gedankengut vorangetriebene Atomisierung der Gesellschaft, haben dazu geführt, daß nunmehr verstärkt individuelle Überlebensstrategien an die Stelle kollektiver Strategien auf nationaler Ebene treten (vgl. Boris 1990: 52ff).

3. Welche sozialen Veränderungen sind auf das neoliberale Modell zurückzuführen?

Die angeführten Daten zur sozialen und ökonomischen Entwicklung machen deutlich, daß Lateinamerika in den 80er und teilweise auch noch in den 90er Jahren eine Jahrhundertkrise durchlitten hat. Die sozialen Veränderungen sind einerseits Ergebnis dieser Wirtschaftskrise, resultieren aber andererseits auch aus den neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Antworten auf die Krise, welche deren soziale Auswirkungen noch erheblich zuspitzten und ein neues stärker polarisierendes Entwicklungsmodell begründeten. Um diese unterschiedlichen Ursachen der sozialen Veränderungen herauszuarbeiten, ist es notwendig, die Analyse auf Länderebene herunterzubrechen, da sich spezifische Formen

neoliberaler Politiken in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Ausmaß, zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen Formen durchsetzten.

Mit der Ausnahme Chiles, wo bereits ab 1975 neoliberale Politikmuster systematisch durchgesetzt worden waren, wurden in den anderen Ländern Lateinamerikas diese erst nach dem Ausbruch der Schuldenkrise 1981/82 implementiert. Während in Chile neben spezifischen internen Kräfteverhältnissen zwischen einzelnen nationalen Kapitalfraktionen (Calderón 1981) vor allem auch die Präsenz des ideologisch und wirtschaftspolitischen neoliberalen know-hows in Form der „Chicago Boys“ und die starke – von vielen gesellschaftlichen Kräften relativ unabhängige – diktatorische Hand des Terrorregimes für den Umbruch ausschlaggebend waren, waren es in den anderen lateinamerikanischen Ländern häufig externe Vorgaben in Form von Konditionalitäten durch internationale Finanzinstitutionen wie Währungsfonds und Weltbank, welche mit dem Ausbruch der Schuldenkrise entscheidenden Einfluß auf die nationale Politikformulierung gewannen und die Durchsetzung neoliberaler Maßnahmen in der Regel erzwangen. Diese Politiken in Form von Strukturanpassungsprogrammen (SAP) waren zunächst darauf ausgerichtet, die kurzfristige Bedienbarkeit der Auslandsschulden durch die Länder Lateinamerikas sicherzustellen, welche mit der Schuldenkrise unter Druck geraten war. Unmittelbarer Auslöser der Schuldenkrise war die ab dem Beginn der 80er Jahre betriebene, auf neoliberalen bzw. monetaristischen wirtschaftspolitischen Prinzipien aufbauende Hochzinspolitik der USA, welche zu einem starken Anstieg des internationalen Zinsniveaus und einer rasanten Aufwertung des Dollars führte. Damit wurde die Bedienung der Auslandsschuld mit einem Schlag für die in US-Dollar verschuldeten lateinamerikanischen Länder wesentlich teurer (vgl. Raffer 1999).

Die unmittelbaren Wirkungen der (orthodoxen) Strukturanpassungsprogramme, wie sie vornehmlich in den 80er Jahren angewendet wurden, bestanden vor allem darin, einerseits im Zuge einer Politik der Währungsabwertung kurzfristig die Exporte zu fördern, um Devisen für den Schuldendienst zu erwirtschaften, andererseits wurde gleichzeitig in den Ländern durch Zinsanhebung, Krediteinschränkung und radikale Kürzung der Staatsausgaben eine Rezession eingeleitet bzw. diese verstärkt (vgl. Mills/Nallari 1992: 71ff), um erstens einen Anstieg der Inflation durch die Abwertung zu vermindern und zweitens staatliche Mittel für die Bedienung der Auslandsschuld freizumachen. Diese SAP trugen durch die Hervorrufung bzw. Vertiefung der ökonomischen Krise zu unmittelbaren negativen sozialen Auswirkungen, wie dem

Anstieg der Arbeitslosigkeit und dem Fallen der Löhne, der Aufblähung des informellen Sektors etc. bei. Gleichzeitig trafen die massiven Kürzungen der staatlichen Ausgaben, die vielfach im Sozialbereich angesiedelt waren, vor allem die Mittel- und Unterschicht besonders hart, da eben diese von den Sozialleistungen besonders abhängig waren. Damit verschlechterten sich eine Reihe sozialer Indikatoren massiv (vgl. Queisser et al. 1993). Die rezessive Wirkung der SAP auf die Ökonomie hielt jedoch in der Regel nur einige Jahre an, obwohl der Abbau von Arbeitslosigkeit oder insbesondere der Rückgang des Informalisierungsgrades aufgrund von Hysteresis-Prozessen (z.B. durch die Verwandlung konjunktureller Arbeitslosigkeit in strukturelle Arbeitslosigkeit bzw. Marginalisierung) oft kaum oder nur sehr viel langsamer von statten gingen (Queisser et al. 1993: 379). Die Struktur der Arbeitsmärkte wurde, wenn sie nicht schon von den Militärregierungen in den 70er Jahren umgewälzt worden war, im Zuge der SAP dauerhaft transformiert. An die Stelle kollektiver Verhandlungen traten in der Regel individuelle Aushandlungsprozesse oder Betriebsvereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitsbedingungen. Insbesondere in Anbetracht hoher Arbeitslosigkeit wird die strukturelle Unterlegenheit der Arbeitnehmer offensichtlich. Diese Transformation des Arbeitsmarktes bzw. des Lohnverhältnisses stellt die unmittelbare Ursache für die Umverteilung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen einerseits und die ungleichere Verteilung der Arbeitseinkommen andererseits dar.

Die Struktur der staatlichen Ausgaben war jedoch mit den SAP häufig nachhaltig gewandelt und Ausgabenhöhe reduziert worden (CEPAL 1998: 106) und trug nunmehr in geringerem Ausmaß zu einem sozialen Ausgleich bei. Dieser (Teil-)Rückzug des Staates aus vormals öffentlich bereitgestellten Leistungen in Kombination mit der durch Strukturanpassungsprogramme hervorgerufenen Umverteilung von Arm zu Reich ist ein Charakteristikum des neoliberalen Entwicklungsmodells. Die öffentliche Kritik an den sozialen Auswirkungen der SAP (vgl. Hammond/McGowan 1993), aber auch der massive politische Widerstand in den einzelnen Ländern haben dazu geführt, daß diese in der Folge mit außerstaatlichen Sozialprogrammen versehen wurden, die deren schlimmste Auswirkungen lindern sollten. Diese Programme entsprachen einem Umbruch in der Sozialpolitik von universellen staatlich administrierten Politiken hin zur Fokussierung auf ärmere Schichten durch ausgelagerte (profit- wie nicht-profitorientierte) Organisationen. Allein deren Existenz und ihre behauptete moralische wie operative

Überlegenheit trugen zu einer weiteren Delegitimierung des Staates bei (Koschützke 1994: 57f.) und trieben damit den sozialpolitischen Umbruch voran. Diese insbesondere von internationalen Finanzinstitutionen propagierte Transformation des peripheren Sozialstaates war einerseits ein ideologisch geschickter Schachzug: denn wer konnte schon dem Diskurs der Fokussierung auf die Ärmsten etwas entgegensetzen? Gleichzeitig wurde damit die Möglichkeit geschaffen, sozialem Aufruhr sozialpolitisch flexibel und kostengünstig zu begegnen. An die Stelle des Anrechts aller auf bestimmte soziale Standards, tritt das Konzept, daß jeder für sein Glück – welches er/sie am „freien“ Markt erhaschen soll – selbst verantwortlich gemacht wird (vgl. Lemke 1997). Nur in Ausnahmefällen kann – gönnerhafter Weise – der Staat dennoch in Aktion treten. Darüber hinaus konnten durch die höhere Transparenz direkter Transfers, wie im Fall des Kindergeldes in Chile, diese auch populistisch gut genutzt werden. Insgesamt ist für diese neoliberale Form der Sozialpolitik ein geringeres Ausgabenniveau (und damit auch ein niedrigeres Steuerniveau) erforderlich, da damit von einer weiterreichenden staatlichen Umverteilung abgegangen wird. Die niedrigeren Ausgaben im Sozialbereich führten dazu, daß es zu erheblichen Qualitätsverschlechterungen in der öffentlichen Leistungserstellung kam. Reichere Schichten stiegen zunehmend auf nun privat angebotene soziale Dienstleistungen (Gesundheit, Bildung) um. Da die Löhne im öffentlichen Sozialbereich stark gesenkt wurden, waren viele gezwungen im neu entstehenden privaten Bereich einen weiteren Job anzunehmen. Der Staat lieferte damit ein Grundgehalt für die Angestellten die in den privaten Sektor wechselten und subventionierte diesen damit indirekt. Durch die weitere Expansion des privaten Sektors kam es zu einem starken Lohndruck auf den öffentlichen Sektor, weil zunehmend qualifiziertes Personal von diesem abgezogen wurde, was aufgrund der fiskalischen Restriktionen zu einer weiteren Verschlechterung des öffentlichen Bereichs geführt hat (vgl. Queisser et al. 1993: 389f). Damit kam es durch den Umbruch in der Sozialpolitik zu einem Auseinandertriften zwischen den Leistungen für Arme und Reiche. Insbesondere durch die Änderungen im Bildungssektor wird durch die systematische Schlechterstellung ärmerer Schichten deren Chance auf sozialen Aufstieg bzw. höheres Einkommen nachhaltig zerstört und ein weiteres Auseinanderklaffen der Gesellschaft zementiert.

Die zentrale und für Akkumulation wie Staatshaushalt einschneidendste Maßnahme im Sozialbereich stellt jedoch die Privatisierung des Pensionssystems dar. Denn

dieser Bereich stellt traditionell den quantitativ größten Umverteilungsposten innerhalb des Sozialsystems dar. Ausgehend vom chilenischen Vorbild wurden insbesondere in den 90er Jahren in einer Reihe von weiteren Ländern, wie z.B. Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Uruguay, (Teil-)Privatisierungen des Pensionssystems durchgesetzt (Mitchel/Altaliba 1997). Die Privatisierungen des Pensionssystems wurden vielfach – wie auch die Transformation anderer sozialpolitischer Bereiche – auf massiven Druck und unter ideologischer Führerschaft und technischer Anleitung internationaler Finanzinstitutionen durchgeführt und vielfach mit speziellen Kreditprogrammen begleitet. Besonders offensichtlich zeigte sich dieser Zusammenhang in Uruguay, wie Dokumente der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank verdeutlichen (vgl. Costa Bonino o.J.). Die Transformation der Pensionssysteme vom staatlich administrierten Umlageverfahren hin zu Kapitaldeckungsverfahren wird zwar mit dem Argument durchgeführt, daß dies den Staatshaushalt entlasten würde, effizienter wäre und auch die volkswirtschaftliche Sparquote und damit das Wirtschaftswachstum ankurbeln würde, sowie gegen demographische Veränderungen immun sei. Dem ist, wie theoretische Überlegungen verdeutlichen und empirische Untersuchungen bestätigen, aber nicht so. Vielmehr wird durch den Transformationsprozeß der Staatshaushalt über viele Jahrzehnte zusätzlich schwer belastet, da ja weiterhin Pensionen zu bezahlen sind, die Pensionsbeiträge der aktiven Bevölkerung jedoch nicht mehr für die Bezahlung der laufenden Pensionen verwendet, sondern in Finanzanlagen gesteckt werden. Damit wird ein enormer Druck auf das Budget produziert, der als „Sachzwang-Argument“ zur weiteren Reduktion der Sozialausgaben herangezogen wird und damit zu zusätzlichen negativen sozialen Konsequenzen beiträgt (Jäger 1998).

Auch jetzt, nachdem in einigen Ländern die akute Krise überwunden ist, zeigt sich ganz deutlich, daß das neue Entwicklungsmodell fundamental negativere soziale Auswirkungen hat als das vorangegangene und große Ähnlichkeiten mit dem liberalen Export-Import-Modell, welches bis in die 1930er Jahre vorherrschte, zeigt. Das neue Modell beinhaltet jedoch nicht nur ein neues Wirtschaftsmodell mit einer entsprechenden Wirtschaftspolitik, deren Kernmerkmal in einer wesentlich ungleichen Einkommensverteilung liegt, von der in der Regel nur die oberen zwei Dezile profitieren, sondern auch eine neue Form des Staates und eine Neukonzeption der Sozialpolitik, was insgesamt zu einer Polarisierung führt. Die neoliberale Sozialpolitik erhebt im Vergleich zur Vorperiode nicht mehr den

Anspruch, einen allgemeinen sozialen Ausgleich des Einkommens und der Lebenschancen anzustreben, sondern beschränkt sich unter dem Stichwort Armutsorientierung in geringerem Umfang nur mehr auf wenige Felder.

Nicht alle sozialen Veränderungen und Probleme in den 80er und 90er Jahren sind jedoch auf das neoliberale Wirtschaftsmodell per se zurückzuführen. Denn ausgesprochen zugespitzte sozialen Probleme entstehen insbesondere im Prozeß der Einführung neoliberaler Politikmuster. Dazu zählen z.B. die Konsequenzen aus den rezessiven Wirkungen neoliberaler Schockprogramme. Ist das neoliberale Modell jedoch implementiert und sind die Auswirkungen des Einführungsprozesses abgeklungen, werden negative soziale Wirkungen des neoliberalen Modells jedoch weiterhin nachhaltig reproduziert. Die Probleme sind zwar im Vergleich zur Einführungsphase häufig weniger ausgeprägt – und es kommt teilweise zu einer Verbesserung einiger sozialer Indikatoren – was von Apologeten häufig als sozial positives Ergebnis des neoliberalen Modells interpretiert wird. Im Vergleich zum früheren Entwicklungsmodell ist jedoch das neoliberale Modell sozial wesentlich regressiver.

4. Soziale Auswirkungen des neoliberalen Wirtschaftsmodells: Musterbeispiel Chile

Am Fall Chile zeigen sich die nachhaltigen sozialen Konsequenzen des neoliberalen Modells besonders deutlich. Nichtsdestotrotz wird das chilenische Beispiel nach wie vor vielfach als „die Erfolgsstory“ angeführt, insbesondere mit dem Verweis auf die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre beginnenden und bis zum Einsetzen der Asienkrise 1997 andauernd hohen Wirtschaftswachstumsraten. Wichtige Basis für dieses Wachstumsmodell war ein massiver Ressourcentransfer vom öffentlichen zum privaten Bereich (Moguillansky 2000). Bei der genaueren Analyse der Veränderungen in Chile wird offensichtlich, wie eng die Durchsetzung und Garantie der Freiheit des Marktes mit einer starken staatlichen Hand – im Fall Chile einer terroristischen Militärdiktatur – verbunden ist (Moulian 1997). Im Namen des freien Marktes wurde gemordet, gefoltert und vertrieben. Daß ein autoritärer Staat keinen Gegensatz, sondern vielmehr eine Voraussetzung für die Implementierung einer neoliberalen Gesellschaft – deren höchster Wert die Freiheit ist – bildet, wird z.B. auch dadurch verdeutlicht, daß die bekanntesten Vertreter der neoliberalen Wirtschaftsdoktrin, wie Friedrich August Hayek und Milton Friedmann, den

Transformationsprozeß während der Militärdiktatur aktiv unterstützten, das Land und Pinochet besuchten und die Vorgänge derart legitimierten.

Auf die negativen Begleitumstände der Implementierung des neoliberalen Modells soll hier nicht weiter eingegangen werden. Vielmehr interessiert, welche nachhaltigen sozialen und gesellschaftlichen Wirkungen mit einem neoliberalen Modell einher gehen. Diese Wirkungen hängen eng mit der spezifischen Ausgestaltung des Wirtschaftssystems zusammen, welches vornehmlich durch eine verstärkte Außenorientierung gekennzeichnet ist. Internationale Handels- und Kapitalverflechtungen haben stark an Einfluß gewonnen und ihre Fluktuationen dominieren nun in größerem Ausmaß die interne Dynamik (Jäger 1999). Mit dieser Neuorientierung der Ökonomie sind zentrale Deregulierungen im Bereich der Arbeitsbeziehungen durchgesetzt worden (Imbusch 1997), welche in Einklang mit dem neuen technischen Paradigma stehen und zu einer Flexibilisierung, Prekarisierung und Informalisierung der Arbeitsverhältnisse und zu einer tiefen Spaltung des Arbeitsmarktes – in wenige gut bezahlte und zahlreiche prekäre Jobs – geführt haben (Leiva/Agacino 1994), wobei sich dieses Muster insbesondere auch in zentralen dynamischen Wirtschaftssektoren, wie z.B. im Finanzsektor (Escobar 1997), in der Forstwirtschaft und Holzverarbeitung und im Agrarexportbereich (Escobar/López 1996) feststellen lassen. Die durch die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse ermöglichte Spaltung des Arbeitsmarktes und das damit verbundene technische Paradigma hängen eng mit der jetzt wesentlich ungleicheren Einkommensverteilung zusammen. Die personelle Einkommensverteilung verschlechterte sich langfristig dramatisch (siehe Tabelle 3) und es kam gleichzeitig zu einer nachhaltigen Verschiebung der Einkommen von den Löhnen hin zu den Kapitaleinkommen, wobei die Lohnquote heute wesentlich unter den Werten von 1960 bis 1973 liegt (Fazio 1997a: 6f).

Tabelle 3: Chile: Anteil der Einkommensschichten am privaten Konsum in Prozent

	1969	1978	1988
reichstes Fünftel	43,2	51	54,9
ärmstes Fünftel	7,7	5,2	4,4

Quelle: Dabrovski 1995: 101 und Fazio 1997b

Die Reallöhne erreichten erst 1992 den Wert von 1970 und lagen bis 1996 noch wesentlich unter den Werten von 1971 und 1972. Der reale Minimumlohn lag 1996 sogar noch unter dem Wert von 1981 (PET 1996: 276ff). Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung hat sich jedoch im Vergleich zu den krisenhaften Entwicklungen in den 70er und 80er Jahren, in denen die Arbeitslosigkeit teilweise über 30% lag (Banco Central de Chile 1989) reduziert (PET 1996: 285). In die im Vergleich zum vorangehenden Wirtschaftsmodell äußerst ungleiche Verteilung des neoliberalen Modells wurde auch im seit 1990 formal demokratischen Chile nicht eingegriffen (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Chile: Anteil der Haushalte am Gesamteinkommen in Prozent

Dezil	1991	1994	1996
I	2,2	2,2	2,0
II	3,3	3,4	3,3
III	4,1	4,3	4,2
IV	4,9	5,2	5,1
V	5,7	6,0	5,9
VI	6,6	6,9	6,7
VII	7,8	8,1	8,0
VIII	9,5	10,0	10,2
IX	13,7	13,8	13,9
X	42,4	40,2	40,7

Quelle: Fazio (1997a: 8)

Die hohen Einkommen einer kleinen Schicht sind die Basis für zahlungskräftige NachfragerInnen für importierte Waren sowie für die privatisierten Sozial- und Infrastrukturleistungen. Die niedrigen Löhne für die Masse der Arbeitskräfte sind einerseits Garant für hohe Gewinne und bilden andererseits einen wesentlichen Eckpfeiler und komparativen Vorteil für die Exportwirtschaft. Aufgrund der geringen Masselöhne ist der Druck zur Implementierung von arbeitssparender Technologie kaum vorhanden, weshalb nur wenige produktivitätssteigernde Maßnahmen gesetzt werden. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität – einem Kernindikator der

ökonomischen Entwicklung – ist daher in diesem Modell, welches seine Dynamik hauptsächlich aus der Erhöhung der (Frauen-)Erwerbsquote erhält, im Vergleich zum binnenorientierten Entwicklungsmodell wesentlich geringer. Langfristig sind damit kaum Verbesserungen der Lebenschancen und der Lebensqualität für breite Schichten der Bevölkerung zu erwarten (Jäger 1999). Darüber hinaus basiert das chilenische Exportmodell auf einer nicht-nachhaltigen Ausbeutung der Natur und ist daher nur für einen relativ begrenzten Zeitraum aufrechtzuerhalten (van Hauwermeiren/de Wel 1997).

Neben diesen Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich und den daraus folgenden sozialen Konsequenzen kam es insbesondere zu einem radikalen Umbau des Staates. Ein Abgehen von einer aktiven Industrialisierungspolitik und eine weitreichende Privatisierung von Staatsbetrieben und zentralen staatlichen Aufgabenbereichen wurden durchgesetzt. Dennoch spielt staatliche Regulierung, insbesondere bei der Schaffung und Garantie von entsprechenden Kapitalverwertungsbedingungen – entgegen der neoliberalen Rhetorik – nach wie vor eine zentrale Rolle. Damit einher geht ein radikaler Abbau sowie eine weitreichende Kommodifizierung der Sozialleistungen.

Im Bildungsbereich kam es zu einer drastischen Ausgabenreduktion während der 70er und 80er Jahre. Diese sanken als Anteil vom BIP von 4,18% 1970 auf 2,73% im Jahre 1988 (Délano/Traslaviña 1989: 150). Erst mit den sich durch das starke Wirtschaftswachstum vergrößerten Spielräumen in den 90er Jahren wurden auch diese Posten angehoben (PET 1996). Insgesamt bleibt es in diesem Bereich jedoch bei einer dramatischen strukturellen Verschlechterung der Chancen ärmerer Bevölkerungsschichten durch die Verlagerung der Zuständigkeit und Finanzierung des Bildungssektors auf Gemeinde- bzw. teilweise auf Bezirksebene, womit in ärmeren Gegenden weniger finanzielle Mittel für den öffentlichen Bildungsbereich zur Verfügung stehen (Guerrero 1993), womit sozio-räumliche Disparitäten verstärkt werden. Reichere Bevölkerungsschichten greifen im Bereich Bildung auf im Vergleich zum ausgehungerten öffentlichen Sektor qualitativ bessere über den Markt bereitgestellte Angebote zurück, was die Grundlage für verschärfte soziale Polarisierung legt (Urmeneta 1996: 118ff).

Im Bereich des Pensionssystems kam es bereits 1981 zu einer dramatischen Transformation, bei der de facto gänzlich auf ein privat administriertes

Kapitaldeckungsverfahren umgestellt wurde. Die Konsequenzen sind im Bereich der Verteilung, für die Staatsfinanzen sowie aus volkswirtschaftlichen Effizienz-Gesichtspunkten als äußerst negativ zu beurteilen. Darüber hinaus erfolgt damit eine Kettung der Interessen der ArbeitnehmerInnen an eine gute Performance im Finanzbereich, was progressiven Umverteilungsbestrebungen zusätzliche strukturelle Grenzen setzt, weil Gewinnreduktionen im Finanzsektor (z.B. durch politisch induzierte Senkung der Realzinsen) unmittelbar zu einer Reduktion der Pensionen führen (Jäger 1998). Auch der Gesundheitsbereich wurde 1981 zu einem großen Teil privatisiert. Damit wurde auch in diesem sozialpolitischen Feld ein in zwei Klassen gespaltenes System eingeführt (Larrañaga 1997: 27ff). Die staatlichen Gesundheitsausgaben reduzierten sich gemessen in konstanten USD pro Kopf von 28,8 im Jahre 1976 auf 10,9 im Jahre 1988 (Délano/Traslaviña 1989: 148).

Betrachtet man insgesamt das staatliche Engagement im Sozialbereich, so zeigt die Sozialquote die Dramatik der neoliberalen Veränderung: Der Anteil der Sozialausgaben am BIP betrug 1972 noch 25%, war 1981 bereits auf unter 15% (Arellano 1988: 33) gefallen und betrug 1997 gar nur mehr 11,7%, wobei derzeit über 42% der Sozialausgaben für die (Transformations-)Kosten des privatisierten Pensionssystems aufgewendet werden (Ministerio de Hacienda 1998). Dies korrespondiert auch mit dem Bild des niedrigen Niveaus der gesamten staatlichen Ausgaben am BIP, welches sich auch nach 1990 nicht erhöhte und bei rund 20% verharrt (IADB 2000).

Mit der 1998 auf Chile übergreifenden Asienkrise kam das neoliberale Modell in eine Legitimationskrise. Die Schrumpfung der Wirtschaft von mehr als 3% in der ersten Jahreshälfte von 1999 (Banco Central de Chile 2000) entzog einem der zentralen Pro-Argumente für das neoliberale Wirtschaftssystem – den hohen Wachstumsraten – seine Basis. Dennoch wird in Chile am neoliberalen Kurs festgehalten bzw. wurde dieser z.B. durch weitere Liberalisierungen für ausländische Portfolioinvestitionen während der Krise noch vertieft (Nadal-De Simone/Sorsa 1999). Die neoliberale Doktrin wird jedoch auch in Chile flexibel gehandhabt: Ist es im Interesse bestimmter Kapitalfraktionen, nicht der neoliberalen Doktrin entsprechende Maßnahmen durchzusetzen, so greift der Staat sehr wohl für diese Gruppen ein. Ein Beispiel dafür bietet die Verstaatlichung der privaten Auslandsschulden zu Beginn der 80er Jahre.

Mit der neuen Verfassung von 1981 wurde noch während der Militärdiktatur auf Dauer das undemokratische neoliberale Modell festgeschrieben. Vertreter des Kapitals und des Militärs haben dabei in der Regel die Mehrheit. Sind Veränderungen beabsichtigt, die die Verteilung verändern und damit in das Privateigentum eingreifen – wie in den letzten Jahren von der Regierung beim Arbeitsrecht angestrebt wird – so können diese blockiert werden, da für solche Änderungen qualifizierte Mehrheiten notwendig sind, welche aufgrund solcher abstruser Konstruktionen, wie Senatoren auf Lebenszeit, vom Militär bestimmter Senatoren, einem äußerst undemokratischen Wahlrecht etc., nicht zustande kommen können (Moulian 1997). Die ungerechte Gesellschafts- und Herrschaftsstruktur bleibt damit gesichert. Jeder/jede hat zwar formal gleiche Chancen, die realen Ausgangspositionen sind jedoch extrem ungleich und nicht veränderbar. Armut und soziale Probleme werden als individuelles Problem gewertet, soziale Leistungen des Staates entsprechen einem Almosen, auf die kein Anspruch besteht. Ungerechtigkeit und soziale Ungleichheit werden damit nicht angetastet (Agacino 1998).

5. Polit-ökonomische Hintergründe und neoliberaler Diskurs

Wie die aktuellen Erfahrungen in Lateinamerika zeigen, kann nicht von einem Automatismus ausgegangen werden, bei dem verschärfte soziale Problemlagen zu einer Ausweitung der Sozialpolitik führten. Vielmehr wird deutlich, daß trotz der Explosion der sozialen Probleme ein klarer sozialpolitischer Rückzug stattgefunden hat. Auch hat die Transformation des Wirtschaftsmodells zu einer Vertiefung der Probleme geführt. Die für breite Schichten der Bevölkerung als negativ zu beurteilenden sozialen Veränderungen können daher nur vor dem Hintergrund einer polit-ökonomischen Analyse, wofür etwa die Regulationstheorie (Aglietta 1987) einen entsprechenden Rahmen bietet, hinreichend verstanden werden.

Eine langfristige historische Betrachtung zeigt, daß bei äußerst grober Einteilung die Ökonomie in Lateinamerika bis ca. 1930 von einer außenorientierten Entwicklungsweise dominiert war. Diese Ära war von einer liberalen Wirtschaftspolitik geprägt und Sozialpolitik war nur von marginaler Bedeutung. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise konnte die außenorientierte Entwicklungsweise nicht mehr aufrecht erhalten werden, da die ausländischen Absatzmärkte zusammenbrachen. Es erfolgte eine staatlich geleitete binnenorientierte Industrialisierung, welche Kernbestandteil des neuen Entwicklungsmodells war (vgl. Feldbauer et al. 1995). Im

Zuge dieses binnenorientierten Entwicklungsmodells, in dessen Zentrum der Nationalstaat stand, kam es zur Institutionalisierung kollektiver Lohnverhandlungen, welche zu Lohnerhöhungen führten und zu einer ausreichenden Entwicklung der Nachfrage beitrugen. Gleichzeitig kam es durch das Erstarken der Arbeiterklasse zu einem Ausbau des Sozialstaates an der Peripherie der, z.B. im Rahmen des Pensionssystems, ebenfalls zu einer Stabilisierung der für dieses Entwicklungsmodell wichtigen Binnenachfrage beitrug. Die sozialen Verhältnisse blieben jedoch im Vergleich zu europäischen Staaten weitaus heterogener (vgl. Boris 1990) Das fordistische Lohnmodell wurde auf weniger Bevölkerungskreise ausgedehnt, ein nicht unbeträchtlicher informeller Sektor blieb stets erhalten, weshalb von einem peripher-fordistischen Entwicklungsmodell gesprochen werden kann. In den 60er und 70er Jahren kam dieses Modell aufgrund der ungenügenden Ausweitung des Binnenmarktes und der oligopolistischen Struktur der Märkte in eine Akkumulationskrise, welche in der Regel durch Auslandsverschuldung und z.T. auch durch Einkommensumverteilung von Arbeit zu Kapital unter den Militärdiktaturen kurzfristig überbrückt wurde. Mit dem Ausbruch der Schuldenkrise zu Beginn der 80er Jahre war das binnenorientierte Modell nicht mehr aufrechterhaltbar. Die durch die Militärdiktaturen zersplitterten Gewerkschaften waren zu schwach, um eine Vertiefung des Binnenmarktes durch Erhöhung der Löhne und Ausweitung des Sozialstaates durchzusetzen. Statt dessen wurde ein anderer Weg zur Lösung der Krise des Entwicklungsmodells beschritten. Eine radikale wirtschaftliche Öffnung erfolgte und die lateinamerikanischen Ökonomien wurden wieder, in Korrespondenz mit den internationalen Liberalisierungsprozessen und unter dem Druck internationaler Finanzinstitutionen, auf Außenorientierung getrimmt, was heute vielfach unter dem Begriff Globalisierung gefaßt wird. Während zu Beginn der 80er Jahre vor allem die Förderung des Außenhandels im Vordergrund stand, kam es später insbesondere zu einer Orientierung der Politik an den Interessen des (internationalen) Finanzkapitals sowie internationaler Investoren. Die Lohn- und Sozialpolitik alter Prägung hatte in diesem Modell ihre Funktion für die Stabilisierung des Wirtschaftsmodells verloren und konnte gegen den Widerstand der geschwächten Arbeiterschaft in wesentlichen Bereichen abgeschafft werden. Damit konnte das neoliberale Wirtschaftsmodell in Lateinamerika – begleitet vom rechtfertigenden neoliberalen Diskurs – Einzug halten. Damit einher geht in Lateinamerika auch eine neue Form des Populismus, der im Unterschied zum

vorangegangenen Entwicklungsmodell anstelle des Auslandskapitals den Staat und die PolitikerInnen als Feinde stigmatisiert (vgl. Sutter 2000). Die konkreten Anlässe und Zeiträume für den neoliberalen Umbruch waren in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Vielfach waren die Strukturanpassungsprogramme ein zentraler Motor. Insbesondere zu Ende der 80er und Anfang der 90er Jahren, wie etwa im Fall von Brasilien oder Argentinien, waren jedoch neben internationalen Finanzinstitutionen vornehmlich interne politische Konstellationen und die zunehmende Dominanz des neoliberalen Diskurses für deren Umsetzung ausschlaggebend (Dombois/Imbusch 1997: 13). Auch im chilenischen Fall war die Präsenz der neoliberalen Ideologie inklusive des entsprechenden technischen Werkzeuges (Valdés 1995) für die Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems eine unabdingbare Voraussetzung.

Der mit den sozialen Umbrüchen einhergehende neoliberale Diskurs impliziert eine bestimmte Gesellschaftsvorstellung, welche vor allem auf Marktfreiheit, einen Minimalstaat der private Eigentumsrechte garantiert und diese nicht beschneidet und auf die Unterwerfung möglichst vieler Lebensbereiche unter das Marktprinzip abzielt. Ausgangspunkt dieser – in der herkömmlichen ökonomischen Theoriebildung dominanten Position – ist das Bild des Menschen als Homo Oeconomicus, d.h. ein Mensch, der sein Handeln Markt-rational als Nutzenmaximierer lebt. Dabei wird methodologisch individualistisch vorgegangen, d.h. daß jegliche Theoriebildung von diesem so konstituierten Individuum ausgehen muß und Gesellschaft nicht mehr als die Summe der Handlungen dieser Individuen darstellt. Der freie Markt als gesellschaftliches Organisationsprinzip ist in dieser Vorstellung die Institution, die als „unsichtbare Hand“ optimal wirkt und zum größten Nutzen führt (Dombois/Imbusch 1997: 14ff). Aufgebaut ist diese Schlußfolgerung jedoch auf der Annahme, daß Nutzen nicht inter-personell vergleichbar ist. D.h. der Kauf des 50. Paar Schuhe an einem Tag für einen Milliardär mag für diesen einen wesentlich größeren Nutzen stiften als die erste Scheibe Brot für einen Hungernden. Damit wird mit dieser neoklassischen bzw. neoliberalen ökonomischen „Wohlfahrts“-Theorie, die auf Vilfredo Pareto (1972) zurückgeht, die Verteilungsfrage per Annahme ausgeblendet. Staatliches Eingreifen darf in dieser Logik daher nur dann erfolgen, wenn mindestens ein Individuum besser – jedoch keines schlechter – gestellt wird. Dies ist der Kern, auf dem das neoliberale ideologische Konstrukt aufbaut, welches nun vielfach als Markt in den Köpfen herumspukt. Die propagierte Alternativlosigkeit macht den Markt

zur totalisierenden, einzig entscheidenden Instanz aller gesellschaftlichen Entscheidungen (Hinkelammert 1993: 130). Zentrales Aufgabengebiet neoliberaler TheoretikerInnen und PraktikerInnen ist daher die Zerschlagung der bestehenden Institutionen mit Ausnahme des Marktes (Müller-Plantenberg 1997: 69) sowie die Schaffung von Märkten (in der aktuellen Phase kapitalistischer Entwicklung z.B. in den Bereichen Altersvorsorge, Gesundheit, Bildung, Infrastruktur). Die neoliberale Theorie knüpft insgesamt eng an traditionelle liberale Vorstellungen an, geht aber einen wesentlichen Schritt über diese hinaus, indem sie alle gesellschaftlichen Bereiche ausschließlich dem Kalkül der Marktlogik unterwirft: „Während der klassische Liberalismus die Regierung angehalten hat, die Form des Marktes zu respektieren, ist der Markt in dieser Konzeption nicht mehr das Prinzip der Selbstbegrenzung der Regierung, sondern das Prinzip das sich gegen sie kehrt: ‚eine Art permanentes ökonomisches Tribunal‘“ (Lemke 1997: 256). Insbesondere im Fall Chile wird deutlich, wie stark theoretische Konzepte Auswirkungen auf gesellschaftliche Veränderungen haben können.

Es darf aber nicht vergessen werden, daß die neoliberale Doktrin, die heute nicht nur in Lateinamerika zum common sense gehört, offensichtlich mit klaren Interessen bzw. einer spezifischen Wirtschaftsstruktur verbunden ist, da diese Politikmuster für bestimmte Sektoren mit enormen Gewinnen verbunden sind. Während in Chile die Implementierung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells primär im Interesse dominanter nationaler Finanzkonglomerate war, hing die Öffnung weiterer nationalen Wirtschaftsräume im Handels- Finanz- und Kapitalverkehrsbereich insbesondere mit Interessen internationaler, im weltwirtschaftlichen Zentrum verorteter, Kapitalien zusammen, welche durch die internationalen Finanzinstitutionen mit enormer Durchschlagskraft vertreten werden. Multinationale Unternehmungen und internationales Finanzkapital sind es nämlich, die neben großen nationalen Kapitalagglomerationen von Privatisierung, Umverteilung nach oben und schrankenloser Ressourcenausbeutung am meisten profitieren.

6. Perspektiven?

Die strukturellen Grenzen des neoliberalen Modells liegen dort, wo das Entwicklungsmodell seine Wachstumsdynamik verliert und es zu Widersprüchen zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise kommt. Diese können im neoliberalen Entwicklungsmodell z.B. in der Erschöpfung der materiellen

Umweltressourcen, aber auch im akuten Mangel an entsprechend ausgebildeten Menschen aufgrund des unzureichenden Bildungssystems liegen, sind jedoch mittelfristig noch nicht abzusehen. Der neoliberale Diskurs, der Markt in den Köpfen, die (scheinbare) Alternativlosigkeit die heute oft mit dem Schlagwort „Globalisierung“ gepredigt wird und die prekäre Struktur der Beschäftigungsverhältnisse tragen zu einer Individualisierung und Entpolitisierung der Massen bei und erschweren damit kollektives Handeln auf den Ebenen, wo zentrale gesellschaftliche Entscheidungen getroffen werden, und damit progressive Veränderungen. Dazu kommt, daß durch die Internationalisierung der Wirtschaft der ökonomische Raum nun in weiten Bereichen jenseits des nationalen Territoriums liegt, was zu einer weiteren strukturellen Schwächung der Lohnabhängigen gegenüber dem Kapital beiträgt, welche politisch in der Regel weiterhin an die nationalen Grenzen gebunden bleiben (Becker 1996). Die unterschiedlichen Realitäten in den einzelnen Staaten Lateinamerikas, ebenso wie die Umsetzung progressiver politischer Projekte auf lokaler Ebene, wie z.B. in Porto Alegre oder Montevideo, zeigen jedoch deutlich, daß Politik trotz dieser negativen Rahmenbedingungen innerhalb bestimmter Handlungsspielräume sehr wohl einen Unterschied machen kann. Dennoch steht es außer Zweifel, daß weitergehende progressive Veränderungen klar an die sich aus dem ökonomischen Modell ergebenden und sich ändernden Machtkonstellationen gebunden sind und insbesondere auf höheren territorialen Ebenen durchgesetzt werden müssen. Bisherige Erfahrungen etwa mit regionalen Integrationsansätzen in Lateinamerika – wie z.B. dem Mercosur – liefern jedoch keine vielversprechenden Ergebnisse in puncto progressiver Wirtschafts- und Sozialpolitik (vgl. González Cravino 1998). Vielmehr bleibt der Einfluß internationaler Finanzinstitutionen weiterhin bestimmend. Weitreichende progressive Umbrüche sind jedoch nur in Verbindung mit der Überwindung neoliberaler Denkmuster, der Begründung eines alternativen Diskurses zur Schaffung eines kollektiven Bewußtseins als Basis für soziale Bewegungen und dem Aufbau entsprechender Organisationsstrukturen möglich.

Literatur

Agacino, R. (1998): Los derechos sociales y el problema de la impunidad. Crítica a la ideología y al sentido común dominantes. In: Economía y Trabajo en Chile. PET informe anual no. 7. 113 – 128.

Aglietta, M. (1987): A Theory of Capitalist Regulation: the U.S. Experience. London.

Albala-Bertrand, J. (1993): Evolution of Aggregate Welfare and Development Indicators in Latin America and the OECD. In Abel, C./Lewis, C.(1993): Welfare, poverty and development in Latin America. Basingstoke, UK, 33 – 48.

Arellano, J.P. (1988): Políticas Sociales y Desarrollo. Chile 1924 – 1984. Santiago.

Banco Central de Chile (1989): Indicadores Económicos y Sociales 1960 – 1988. Santiago.

Banco Central de Chile (2000): Producto Interno Bruto.

<http://www.bcentral.cl/Indicadores/actualizados/pib.htm>, 3.5.2000.

Becker, J. (1996): Fenster für die Linke. Umbrüche in der Weltwirtschaft und alternative Gesellschaftsprojekte in der (Semi-)Peripherie. In: Kurswechsel 1/98. 8 – 25.

Boris, D. (1990): Arbeiterbewegung in Lateinamerika. Marburg.

Calderón, H. (1981): Veränderungen in der Klassenstruktur der Bourgeoisie von 1970 – 1980. In: H. Calderón et al. (ed.): Chile. Der Monetarismus an der Macht. Hamburg.

CEPAL (1997): La brecha de equidad. Integración social es demasiado baja en América Latina y el Caribe. Santiago.

CEPAL (1998): El pacto fiscal. Santiago.

CEPAL (1999a): Ahora hay más pobreza en América Latina que en los años 80. Santiago.

CEPAL (1999b): Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe. Edición 1999. Santiago.

Costa Bonino, L. (o.J.): Factores de viabilidad política de una reforma de la seguridad social. Programa de Cooperación Técnica BID/MEF. Montevideo.

Déllano, M., Traslaviña, H. (1989): La herencia de los Chicago boys. Santiago.

- Dombois, R., Imbusch, P. (1997): Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika. Einführende Bemerkungen. In: R. Dombois et al. (ed.): Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika. Frankfurt a.M.
- Escobar, P. (1997): La Banca en Chile: Aspectos de la Modernización. Estudios Económicos y Sociales No. 1. Santiago.
- Escobar, P., Lopez, D. (1996): El sector forestal en Chile: Crecimiento y precarización del empleo. Colección Estudios Sectorales 12. Santiago.
- Fazio, H. (1997a): La Economía del País y las Remuneraciones. Documentos de Trabajo. CENDA. Santiago.
- Fazio, H. (1997b): Resumen Económico Trimestral. Tercer Trimestre de 1997. CENDA. Santiago.
- Feldbauer, P. et. al. (ed. 1995): Industrialisierung. Entwicklungsprozesse in Afrika, Asien und Lateinamerika. Frankfurt a.M., Wien.
- González Cravino, S. (1998): Globalización, Integración y Cohesión Social. El Caso Mercosur. In: CEPAL. Serie Políticas Sociales 14, Aspectos Sociales de la Integración, vol. III. Santiago. 35 – 60.
- Guerrero, R. (1993): Les politiques sociales au Chili. In: Cahiers de Amérique Latine Nr. 15. 51 – 71.
- Hammond, R., McGowan, L (1993): The Other Side of the Story: The Real Impact of World Bank and IMF Structural Adjustment Programs. The Development Group for Alternative Policies. Washington D.C.
- Hinkelammert, F. (1993): Markt ohne Alternative. Über die Symmetrie von Neoliberalismus und Stalinismus. In: D. Dirmoser et al. (ed.): Markt in den Köpfen. Lateinamerika. Analysen und Berichte 17. Bad Honnef. 130 – 143.
- IADB (2000): Chile. <http://www.iadb.org/int/sta/ENGLISH/brptnet/english/chlbrpt.htm>, 3.5.2000
- Imbusch, P. (1997): Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Chile: Die Erfahrungen der Pinochet-Diktatur. In: R. Dombois et al. (ed.): Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika. Frankfurt a.M. 225 – 253.
- Jäger, J. (1998): Die Privatisierung des Pensionssystems in Lateinamerika – Ursachen und Folgen des Experiments in Chile. In: Kurswechsel 3/1998. 104 – 117.

- Jäger, J. (1999): Pionier der Globalisierung: Chile. In: C. Parnreiter, A. Novy, K. Fischer: Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt a.M., Wien. 237 – 258.
- Koschützke A. (1994): Die Lösung auf der Suche nach dem Problem. NGOs diesseits und jenseits des Staates. In: Dirmoser D. et al. (Hg.): Jenseits des Staates. Lateinamerika Analysen und Berichte Nr. 18. Bad Honnef.
- Larrañaga, O. (1997): Eficiencia y equidad en el sistema de salud chileno. CEPAL. Serie Financiamiento del Desarrollo no. 49.
- Leiva, F., Agacino, R. (1994): Mercado de trabajo flexible, pobreza y desintegración social en Chile 1990 – 1994. PIRET. Santiago.
- Lemke, T. (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Argument Sonderband Nr. 251. Berlin, Hamburg.
- Mills, C., Nallari, R. (1992): Analytical Approaches to Stabilization and Adjustment Programs. EDI Seminar Paper no. 44. World Bank. Washington D.C.
- Ministerio de Hacienda (1998): Tesoro Publico. Clasificación. Funcional des gasto. <http://www.anfitrion.cl/mhacienda/cod-28a.htm>. 9.7. 1998.
- Mitchel, O, Altaliba, F. (1997): After Chile, What? Second-Round Pension Reforms in Latin America. NBER Working Paper No. 6316.
- Moguillansky, G. (2000): La inversión en Chile ¿el fin de un ciclo en expansión? Santiago.
- Moulian, T. (1997): Chile actual. Anatomía de un mito. Santiago.
- Müller-Plantenberg, U. (1997): Theorie und Praxis des Neoliberalismus. In: P. Imbusch et al. (ed.): Neoliberalismus und Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika. Frankfurt a.M. 68 – 74.
- Nadal-De Simone, F., Sorsa, P. (1999): A Review of Capital Account Restrictions in Chile in the 1990s. IMF Working Paper 99/52. Washington D.C.
- Pareto, V. (1972): Manual of Political Economy. London.
- PET (1996): Anexo Estadístico. Economía y Trabajo en Chile no. 6.

Queisser, M., Larrañaga, O., Panadeiros, M. (1993): Adjustment and Social Development in Latin America during the 1980s. Education, Health Care and Social Security. München, Köln, London.

Raffer, K. (1999): Das „Management“ der Schuldenkrise: Versuch wirtschaftlicher Sanierung oder Instrument neokolonialer Dominanz?. In: C. Parnreiter, A. Novy, K. Fischer: Globalisierung und Peripherie. Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien. Frankfurt a.M., Wien. 95 –112.

Sutter, C. (1999): Weltwirtschaftskrise und Globalisierungskrise in Lateinamerika: Ursachen, Folgen, Überwindungsstrategien. In: P. Feldbauer, G. Hardach, G. Melinz et al.: Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929 – 1999). HSK 15. Frankfurt a.M., Wien. 145 – 160.

Sutter, C. (2000): Helden und Propheten. Der Wandel des Populismus in Lateinamerika. In: Blätter des iz3w Nr. 242, Jänner, 26 – 29.

UNDP (1999): Human Development Report 1999. Oxford.

Urmeneta, R. (1996): Exclusión, servicios sociales y pobreza: Desafíos para las políticas. In: Economía y Trabajo en Chile no. 6. 107 – 130.

Valdés, J.G. (1995): Pinochet's Economists: the Chicago School in Chile. Cambridge.

van Hauwermeiren, S., de Wel, B. (1997): Europas ungleicher ökologischer Tausch – der Fall Chile. In: W. Raza, A. Novy (ed.): Nachhaltig Reich – nachhaltig Arm? Frankfurt a.M., Wien, 206 – 220.



Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung
Wirtschaftsuniversität Wien
Abteilungsleiter: o.Univ.Prof. Edward M. Bergman, PhD

Roßauer Lände 23/3
A-1090 Wien, Austria

Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: sre@wu-wien.ac.at
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/sre>